

Stuttgart, 01.09.2011

Landespressekonferenz des Berufsschullehrerverbandes (BLV)

Landesregierung vernachlässigt berufliche Bildung:

Abwarten, nicht Aufbruch heißt ihre Devise

Vor lauter Euphorie über das grün-rote bildungspolitische Lieblingskind – die Gemeinschaftsschule – vernachlässigt Grün-Rot die berufliche Bildung auf sträfliche Weise. Die Enttäuschung darüber ist unter den 20.000 Berufsschullehrerinnen und –lehrern des Landes riesengroß. Die heutigen Koalitionsparteien haben sich vor der Landtagswahl wortgewaltig für das berufliche Schulwesen eingesetzt, den Abbau der Unterrichtsdefizite, die Reduzierung der Bugwelle, den Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen und die Einführung der Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen gefordert und nun, endlich in der Situation nicht nur fordern, sondern auch gestalten zu können, rudert man immer mehr zurück. **Abwarten, nicht Aufbruch, heißt jetzt die Devise von Grün/Rot – zumindest bei der beruflichen Bildung.**

Im Einzelnen:

- Vor der Landtagswahl erklärten Grüne und SPD, die Beseitigung des strukturellen Unterrichtsdefizits von derzeit 4,4 % habe höchste Priorität. Heute hört sich das ganz anders an: „Wir wollen Verbesserungen erreichen, aber wir müssen abwarten, wie der Haushalt im Jahr 2012 und später(!) aufgestellt wird.“¹

¹ vgl. Pressemitteilung KM 95/2011

- Vor der Landtagswahl haben Grüne und SPD einen stufenweisen Abbau der Überstundenbugwelle angekündigt. Derzeit beträgt diese über 1.600 volle Deputate, das macht ein Finanzvolumen von 80 bis 90 Mio. € aus. Von diesem Abbau ist nicht einmal mehr im Koalitionsvertrag die Rede.
- Vor der Landtagswahl haben die heutigen Koalitionsparteien im Landtag einen Schulgesetzentwurf eingebracht, der einen Rechtsanspruch auf einen Platz an einem beruflichen Gymnasium für alle Bewerber vorsieht, die die Voraussetzungen erfüllen. Jetzt erklärt die Landesregierung, wann dieser Rechtsanspruch gesetzlich verankert werden soll, hänge vom Haushalt „in den kommenden Jahren“ ab.²
- Die individuelle Förderung – so wie sie von der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft“ gefordert – kann bei chronisch defizitärer Unterrichtsversorgung nicht sinnvoll umgesetzt werden. Förderunterricht in Kleingruppen ist richtig und wichtig. Wenn allerdings gleichzeitig der Pflichtunterricht für alle Schülerinnen und Schüler aufgrund von Lehrermangel gekürzt werden muss, wird die an sich lobenswerte Sache höchst fragwürdig.
- Wir sehen bis heute noch keine Ansätze zur Gleichstellung der beruflichen Bildung mit der allgemeinen Bildung, wie sie vor der Wahl und im Koalitionsvertrag angekündigt wurde. Nach wie vor sind die Gymnasien in vielen Bereichen deutlich besser gestellt als die beruflichen Schulen.

Hierzu drei Beispiele:

- Während die beruflichen Schulen mit einem Unterrichtsdefizit von 4,4% zu kämpfen haben, erhalten die allgemein bildenden Gymnasien einen Ergänzungsbereich für zusätzliche Angebote z.B. für Chor- und Orchesterarbeit, Sport- und Theater-Arbeitsgemeinschaften.

² vgl. Pressemitteilung KM 95/2011

- Um gleiche Beförderungschancen für Lehrkräfte an beruflichen Schulen wie an Gymnasien zu erhalten wären 400 zusätzliche Beförderungsstellen erforderlich.
- Ein Beratungslehrer an beruflichen Schulen betreut statt wie vorgesehen 1200 bis zu 2.000 Schülerinnen und Schüler und damit deutlich mehr als in allen anderen Schulbereichen.
- Die Wirtschaft fordert gut ausgebildete Fachkräfte. Angesichts des immer deutlicher hervortretenden Fachkräftemangels müssen vorhandene Bildungsreserven ausgeschöpft werden. Deshalb ist eine frühzeitige Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung dringend geboten. Dabei werden das Fachwissen und die sächliche Ausstattung der beruflichen Schulen nicht im erforderlichen Maße genutzt. Statt auf eine Vernetzung der allgemeinen und beruflichen Schulen durch Kooperationen und flexible Übergänge zum Beispiel von der Werkreal- zur Berufsfachschule zu setzen, wird das Werkrealschulkonzept mit einem Federstrich gestrichen, um – mit den Worten von Kultusministerin Warminski-Leitheußer zu sprechen - die Werkrealschulen von der Kooperation mit den Berufsschulen zu „befreien“³. Mit ihren Werkstätten, Laboren, Übungsfirmen und Computerräumen sowie ihrem einschlägig ausgebildeten und hoch qualifizierten Personal bieten die beruflichen Schulen sowohl in sächlicher wie auch personeller Hinsicht die besten Voraussetzungen, diese wichtige Aufgabe in ökonomisch sinnvoller Weise zu übernehmen. Wer dies nicht nutzt, verbaut Werkrealschülerinnen und -schülern die Chance auf eine frühzeitige berufliche Grundbildung, eine höhere Ausbildungsreife und verbesserte Chancen auf dem Ausbildungsmarkt.
- Vor der Wahl kündigten die heutigen Regierungsparteien an, die Schulsozialarbeit als Landesaufgabe zu definieren. Im Koalitionsvertrag ist nur noch die Rede davon, dass die Schulsozialarbeit an beruflichen Schulen „gefördert“ werden soll. Jetzt heißt es, das Land werde dafür voraussichtlich ein Drittel zu den Kosten beisteuern, den

³ vgl. Stuttgarter Zeitung vom 11.05.11 (Interview von Renate Allgöwer)

Rest sollen die Kommunen tragen. Ob die Kommunen dies angesichts klammer Kassen stemmen können, steht in den Sternen. Damit steht das ganze Projekt auf der Kippe.

- Die Landesregierung will die geplante Gemeinschaftsschule mit einer gymnasialen Oberstufe ausstatten. Hierzu seien lediglich 12 (!!!!) Schülerinnen und Schüler erforderlich. Mit 12 Schülern kann man aber eine Oberstufe nicht differenziert führen und das Bildungsangebot hinsichtlich der Schülerwünsche ausrichten. Dieses „Konzept“ vergeudet Ressourcen, die an anderer Stelle dringend gebraucht werden.
- Im Übrigen stehen die beruflichen Gymnasien (rund 200 Standorte) und die Berufskollegs (über 260 Standorte) mit ihrem breiten berufsorientierten Angebot als Anschlussmöglichkeiten für Absolventen der Gemeinschaftsschule flächendeckend zur Verfügung. Die beruflichen Gymnasien und Berufskollegs sind ja bereits jetzt Gemeinschaftsschulen par excellence, denn sie vereinigen Schülerinnen und Schüler aus allen Bereichen des Schulwesens, also der allgemein bildenden Gymnasien, Realschulen, Werkrealschulen und Berufsfachschulen. Gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen mit Schülerzahlen unter 20 Schülern wären ökonomisch unvertretbar und bildungspolitisch unnötig.
- Die von der neuen Landesregierung vollzogene Kürzung der Fortbildungsmittel für die zentral koordinierte Lehrkräftefortbildung trifft die beruflichen Schulen besonders hart. Die Fortbildungen über Neuerungen in kleineren Berufsfeldern und Einzelberufen kann nur zentral erfolgen. Aufgrund der jetzt vollzogenen Kürzung der Lehrkräftefortbildungsmittel um 12,5 % müssen fachlich notwendige Fortbildungskurse ersatzlos gestrichen werden. In den letzten Wochen erhielten Lehrkräfte, die bereits eine Zulassung zu Lehrgängen erhalten hatten, Absageschreiben der Landesakademien, weil sie aufgrund dieser Beschlüsse bereits fest geplante Fortbildungsveranstaltungen stornieren mussten. Gerade die Wirtschaft und die Kammern warnen seit Jahren die Landesregierung vor Kürzungen der Fortbildungsmittel im beruflichen Bereich.

So wird die berufliche Bildung zum Stiefkind der Bildungspolitik der neuen Landesregierung. Für eine nachhaltige Zukunftssicherung unseres Landes ist jedoch die berufliche Bildung unserer Jugend viel zu wichtig.

Deshalb fordert der Berufsschullehrerverband (BLV):

- **in den nächsten drei Jahren jeweils mindestens 400 zusätzliche Deputate** zu schaffen. Diese Forderung entspricht dem Votum von Grünen und SPD im Abschlussbereich der Enquetekommission „Fit fürs Leben in der Wissensgesellschaft. Damit befindet sich der BLV in Übereinstimmung mit dem Industrie- und Handelskammertag Baden-Württemberg, Handwerkskammertag, den Arbeitgeberverbänden und dem DGB.

Von den insgesamt erforderlichen 1.200 Stellen können angesichts der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung 900 Stellen aus dem allgemein bildenden Schulbereich zur Verfügung gestellt werden, so dass der Landeshaushalt hiervon nicht belastet würde⁴.

Mit diesen zusätzlichen Stellen könnten

- ✓ das Unterrichtsdefizit von derzeit 4,4 % abgebaut,
- ✓ die Bugwelle in Höhe von 1600 Deputaten stufenweise reduziert,
- ✓ der Rechtsanspruch auf einen Platz am beruflichen Gymnasium umgesetzt,
- ✓ eine Angleichung der Bedingungen an den Gymnasien längerfristig erreicht werden.

Damit wäre noch nicht der vom BLV schon seit längerem geforderte Innovationspool von 5 % des Unterrichtsvolumens mit abgedeckt.

⁴ Dies empfiehlt auch die Enquetekommission vgl. Lt.DS 14/7400 v.10.12.10

- einen **Verzicht auf die Einführung gymnasialer Oberstufen an den neu einzurichtenden Gemeinschaftsschulen**. Durch einen Verzicht auf eine eigene gymnasiale Oberstufe an der Gemeinschaftsschule und die Verzahnung der beruflichen Gymnasien und Berufskollegs mit der Gemeinschaftsschule entsteht ein bildungspolitisch und ökonomisch sinnvolles Konzept. Es wäre finanz- und bildungspolitisch höchst unsinnig, an den neu entstehenden Gemeinschaftsschulen eigene kleinste gymnasiale Oberstufen einzurichten und das flächendeckende Netz beruflicher Aufbaugymnasien und Berufskollegs nicht zu nutzen.

- eine **Ausweitung der Übergangsmöglichkeiten** von Werkreal- und Gemeinschaftsschule **zu den Berufsfachschulen**. Hierdurch könnten Berufsvorbereitung und berufliche Grundbildung ein höheres Gewicht erhalten und entspräche den Erwartungen der ausbildenden Wirtschaft. Dies wäre eine wichtige Voraussetzung für eine Verbesserung der Chancen der Jugendlichen auf dem Ausbildungsmarkt.

- **Rücknahme der Kürzungen im Bereich der Lehrkräftefortbildung**. Auf dem neuesten Stand von Wissenschaft, Wirtschaft, Technik und Pädagogik fortgebildete Lehrkräfte sind für die berufliche Bildung in unserem Land der Hochtechnologie unverzichtbar.

Dem Berufsschullehrerverband (BLV) geht es nicht um eine Fundamentalopposition gegen die neue Bildungspolitik. Es geht dem Verband darum, dass die mit großen Vorschusslorbeeren ausgestattete Landesregierung dabei ist, vieles zu vergessen, was sie im Bereich der beruflichen Bildung vor der Landtagswahl postuliert hat. Die berufliche Bildung ist zu wichtig, als dass sie auf dem Altar ideologischer Grabenkämpfe geopfert werden dürfte.

* * *

An den beruflichen Schulen werden im laufenden Schuljahr landesweit über 369.000 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Pressemitteilung – Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg e.V. (Berufsschullehrerverband) vertritt in Baden-Württemberg rund 10.000 Lehrerinnen und Lehrer.

Der Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen in Baden-Württemberg (BLV) hat im Bereich der beruflichen Schulen in allen Personalvertretungen auf Regierungspräsidiumsebene sowie im Kultusministerium die Mehrheit.

verantwortlich i. S. d. P.

Margarete Schaefer, Im Waisenbusch 4, 75181 Pforzheim
Fon: 07231 391686 oder 0711 489837-0
Fax: 07231 392579
Mail: info@blv-bw.de

Pressereferent: Friedrich Graser Tel 0171 9319103

Ein Foto von Frau Schaefer erhalten Sie über folgenden Link:

<http://www.blv-bw.de/233.0.html>